

➤ DGB-Initiative „verhandeln statt verordnen“

Die Föderalisierung des Beamtenrechts ist entgegen aller begründeten Proteste und Kritik beschlossen worden. Die Länder haben weitgehende Kompetenzen bei der Ausgestaltung des Dienstrechtes bekommen und sind jetzt in der Pflicht, ihren neuen Zuständigkeiten Rechnung zu tragen. Die Ausgestaltung des Dienstrechtes soll sich nach unseren Vorstellungen dabei vorrangig an der bundesrepublikanischen Werteentwicklung orientieren, in der sich das obrigkeitliche Staats- bzw. Verwaltungsverständnis zunehmend zu einem auf **partnerschaftlicher Basis** agierendem Verwaltungshandeln verändert. Dieser Anforderung trägt der **DGB in seinem Positionspapier zum niedersächsischen Beamtenrecht durch die Normierung von echten Verhandlungsrechten Rechnung**.

Der DGB hat sein Positionspapier der Landesregierung und den Landtagsfraktionen mit der Forderung um Umsetzung zugeleitet. Das niedersächsische Finanzministerium und das niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport haben am 30. August 2007 ihre bisherigen Überlegungen für ein künftiges Dienstrecht vorgelegt. Der DGB hat im Rahmen dieser Veranstaltung seine Position eingebracht.

(Details zur DGB-Initiative auch im Internet unter: http://nds-bremen.verdi.de/personengruppen/beamtinnen_beamte sowie in den kurz & bündig Ausgaben Nr. 22/2006, 1/2007, 3/2007, 8/2007)

Der niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Uwe Schünemann, machte deutlich, dass er Verhandlungsrechten für Beamtinnen und Beamten „zurückhaltend“ gegenübersteht. Der Landesleiter des „dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen“, Friedhelm Schäfer, lehnt das vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften vorgeschlagene Verhandlungsverfahren für Beamtinnen und Beamte ab. Zwar sei auch er für mehr Beteiligungsrechte, wie diese aussehen sollen, lässt er jedoch offen.

Diese Gemengelage macht deutlich, dass die Rahmenbedingungen für ein zeitgemäßes Dienstrecht in Niedersachsen wesentlich schwieriger sind, als in Bremen, wo ein gleichgelagerter DGB-Vorschlag zur Normierung von Verhandlungsrechten als Prüfauftrag in den dortigen Koalitionsvertrag eingeflossen ist und die in Bremen für Dienstrecht zuständige Finanzsenatorin, Karoline Linnert, dieser Thematik aufgeschlossen gegenübersteht (vgl. kurz & bündig Nr. 08/2007).

Wie die niedersächsische Landespolitik im Vorfeld der Landtagswahl 2008 insgesamt zur Initiative „verhandeln statt verordnen“ steht, wird sich insbesondere in der



Podiumsdiskussion
mit den innenpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen
am Mittwoch, den 26. September 2007
von 14.00 - 16.00 Uhr
in den ver.di-Höfen
Gosseriede 10-12
30159 Hannover

zeigen.

Dort werden Vertreterinnen und Vertreter von DGB, GdP, GEW und ver.di sowie der Landtagsfraktionen (Hans-Christian Biallas CDU, Sigrid Leuschner SPD, Jörg Bode FDP, Prof. Dr. Hans-Albert Lennartz Bündnis 90/Die Grünen) als Diskussionspartner/in zur Verfügung stehen.

Die Teilnahme an dieser Veranstaltung steht allen Interessierten offen.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Schrade

Redakteur Beamteninformationen

Rückfragen über E-Mail-Adresse: peter.schmidt@verdi.de